

Generationenvertrag

Version 5-1: Stand, 28.9. 2004

Generationenvertrag:

Mehr als jedes andere Instrument sozialer Sicherheit galt und gilt die gesetzliche Pensionsversicherung als Messlatte und „Barometer“ für einen funktionsfähigen Sozialstaat. Das liegt einerseits daran, dass das Volumen der materiellen Umverteilung zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern größer ist, als in anderen Teilbereichen der Sozialversicherung. Andererseits hat das System der Pensionsversicherung auch deshalb einen so hohen Stellenwert, weil es als Generationenvertrag zwischen der erwerbstätigen und nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung auf Langfristigkeit und damit Kontinuität und Verlässlichkeit angelegt ist. Die in den letzten Jahren zum Dauerthema gewordenen „Pensionsreformen“ lösen daher wesentliche Erschütterungen im Gefüge des Sozialstaates aus. Immer mehr Menschen, insbesondere junge Menschen, sind verunsichert. Das Vertrauen in das System der solidarischen Alterssicherung schwindet, zugleich wächst in einer von Individualismus und Wettbewerb gekennzeichneten Gesellschaft die Neigung, sich aus der Solidarität zu verabschieden.

Im Ökumenischen Sozialwort schreiben die 14 christlichen Kirchen unseres Landes dazu: **„Die Finanzierbarkeit oder Unfinanzierbarkeit von Krankenversicherungen und Pensionen ist in hohem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, eine Frage des politischen Willens und einer ausgewogenen Verteilung der Lasten. Unter dem Vorwand der Unfinanzierbarkeit die Risiken zu privatisieren und damit die Schwächeren überdurchschnittlich zu belasten, bedroht den solidarischen Zusammenhalt. Dieser ganze Fragenbereich mit seinen großen Herausforderungen bedarf eines kompetenten Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte. Um nachhaltige – und nicht nur kurzfristige – Lösungen zu finden.“** (Sozialwort, S 82)

Mit dem Dreischritt: „Sehen – Urteilen – Handeln“ nähert sich die Katholische Aktion der Frage nach langfristigen Perspektiven im Generationenvertrag.

- 1. SEHEN: Ist-Analyse**
- 2. URTEILEN: Kath. Soziallehre**
- 3. HANDELN: Unser Modell – 4 Stufen**

1. SEHEN:

In ganz Europa sind die Pensionssysteme in Diskussion geraten. Verschiedene unterschiedliche Entwicklungen bilden dabei die Auslöser für Reformmaßnahmen bei den Systemen der Alterssicherung.

1.1. EUROPA – Ein Kontinent auf dem Weg in die Vergreisung?

In den letzten 30 Jahren sind die Geburtenraten in ganz Europa dramatisch gesunken, in Österreich kamen im Jahr 2000 auf 1.000 Einwohner 9,6 Lebendgeburten, im Jahre 1970 waren es noch 15,2 (Quelle: United Nations Demographic Yearbook, various volumes). Weil gleichzeitig die Lebenserwartung deutlich gestiegen ist, haben sich die Altersgruppen in der Bevölkerungspyramide deutlich verschoben. Einer abnehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen steht eine ständig wachsende Zahl von älteren Menschen gegenüber. Nicht nur für das Pensionssystem, sondern überhaupt für die Zukunft des Landes und des Kontinentes stellen sich dadurch grundlegende Fragen:

- **Wie wird Österreich in 30 oder 50 Jahren aussehen?**
- **Welche Formen solidarischen Zusammenhalts, die in den letzten 50 Jahren unter der Marke „Sozialstaat“ entwickelt wurden, werden dann notwendig und durchführbar sein?**
- **Aus welchen Quellen können und sollen finanzielle Mittel herangezogen werden, um einen sozialen Ausgleich – und damit eine nachhaltige Vermeidung von Armut, Hunger und Elend – zu schaffen?**

Auf dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird deutlich, dass die sozialstaatlichen Modelle der letzten 50 Jahre nicht 1:1 auf die kommenden Generationen übertragen werden können – also tatsächlicher Reformbedarf besteht.

1.2. Beachtenswert: Die Erwerbsquote!

Obwohl die demographische Entwicklung der Bevölkerungspyramide ein gewichtiges Argument darstellt, sind für die Alterssicherung und den damit verbundenen „Generationenvertrag“ andere Faktoren mindestens ebenso wichtig und beachtenswert. Eine Schlüsselfunktion hat dabei das Verhältnis von arbeitender Bevölkerung – also jenem Teil, der in die Sozialversicherung einzahlt – und jenem Teil, der Leistungen aus der Sozialversicherung bezieht. In Österreich ist die Erwerbsquote in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen, von den rund 8 Millionen Einwohner/innen unseres Landes sind rund 3,5 Millionen unselbständig beschäftigt und rund 500.000 selbständig, also stehen rund 4 Millionen Menschen in Erwerbsarbeit – mehr als je zuvor. Für die 15 – 59 jährigen Österreicher/innen bedeutet dies, das 69,3 % der Frauen und rund 85 % der Männer in Erwerbsarbeit stehen. (Quelle: AK-WIEN – Österreich in Zahlen, November 2003)

- **Eine hohe Zahl an Arbeitslosen bewirkt hohe Einbußen auf der Einnahmenseite**
- **Besonders die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Erwerbsquote bei Frauen bewirkt auch eine deutliche Zunahme auf der Einnahmenseite.**

Die Senkung der Arbeitslosigkeit bzw. das Ziel der Vollbeschäftigung stehen also im direkten Zusammenhang mit dem Funktionieren der Sozialversicherung im Allgemeinen und des Pensionssystems im Besonderen.

Derzeit ist die Pensionsversicherung auf der Einnahmenseite an den Faktor Erwerbsarbeit gekoppelt. Durch die rasanten Veränderungen der Erwerbsarbeitsgesellschaft haben jedoch neue Formen von Arbeit jenseits der Beitragspflicht (z.B. Scheinselbständigkeit) deutlich zugenommen. Auch eine hohe Arbeitslosigkeit bewirkt Einbußen auf der Einnahmenseite.

1.3. Die Arbeitswelt ändert sich rasant!

Während das bisherige Pensionssystem weitgehend auf eine lebenslange und möglichst durchgängige Erwerbsbiographie eines möglichst hohen Bevölkerungsanteils aufgebaut hat, ist die Arbeitswelt mittlerweile einem tiefgreifenden Wandel unterzogen. Im „Ökumenischen Sozialwort“ schreiben die 14 christlichen Kirchen dazu:

„Die Arbeitswelt, wie sie uns seit Jahrzehnten vertraut war, ist einem tiefgreifenden Strukturwandel unterworfen, beschleunigt durch technische Entwicklungen und weltweite Verflechtungen. An die Stelle oft lebenslanger Beschäftigung im gleichen Beruf, beim selben Arbeitgeber, treten neue, im Lauf eines Erwerbslebens wechselnde Jobs, neue Formen der Beschäftigung und der Zusammenarbeit, flexible Zeitstrukturen und die Forderung nach lebenslangem Lernen... Strukturelle Erwerbslosigkeit und Standortwettbewerb in einer globalisierten Wirtschaft verändern die Gesellschaft und damit die Situation der Arbeitnehmer/innen.“ (SW 162)

Nach wie vor weisen Frauen, durch Kinderbetreuungszeiten und Pflege von Angehörigen, mehr Unterbrechungszeiten als Männer auf. Noch mehr ins Gewicht fällt, dass Teilzeitarbeit in hohem Maß von Frauen geleistet wird z.B. im Handel, in der Sozialarbeit, usw. Mit der

fortschreitenden Flexibilisierung sowie der Notwendigkeit berufsspezifischer Unterbrechungen, steigen die unterbrochenen Erwerbsbiografien. Derzeit ist jedoch die soziale Sicherung im Alter in ganz erheblichem Maße von einer lebenslangen, durchgängigen Erwerbsbiografie abhängig.

Aus diesen Änderungen ergeben sich auch neue Fragen an das Pensionssystem:

- **Wenn in der Gegenwart und verstärkt in der Zukunft lebenslange Beschäftigungsverhältnisse abnehmen und ein Wechsel von erwerbslosen Zeiten und Erwerbsarbeit die Regel wird, müssen dann nicht Pensionssysteme grundsätzlich anders aufgebaut werden, z.B. mit einem Sockelbetrag, der eine Grundsicherung im Alter ermöglicht?**
- **Wie können die erwerbslosen – aber gesellschaftlich höchst notwendigen und unverzichtbaren Zeiten z.B. Karenz (Kinder, Familie, Pflege,...) Weiterbildung, Umschulung – aber auch ehrenamtliche Tätigkeiten – besser im Pensionssystem berücksichtigt werden?**
- **Müssen nicht einnahmenseitig andere Quellen als die bisherigen Formen der „Lohnnebenkosten“ (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge) zur Sicherung des Generationenvertrags herangezogen werden z.B. Wertschöpfungsabgabe?**

1.4. Bis zu 30% weniger Pension? Nur Mut!

„Die Ausweitung des Durchrechnungszeitraums auf 40 statt 15 „beste Jahre“ hat gravierende Folgen: In Zukunft senkt jedes einkommensschwache Jahr Ihre Pension, weshalb mit Einbußen von bis zu 30% zu rechnen ist. Doch mit unserem persönlichen Pensions-Check und der richtigen Vorsorgelösung können Sie Ihre Pensionslücke leicht füllen. Rufen Sie uns einfach an!“ (Quelle: Inserat einer privaten Versicherung in der Zeitschrift: win.)

Mit diesen und ähnlichen Sätzen werben private Versicherungen in Österreich für die „private Vorsorge“. Derzeit gehen in Österreich rund 92 % der Pensionsbeiträge im „Umlagesystem“ direkt von einer Generation zur nächsten – und damit am Markt vorbei. In ihrem „Schwarzbuch Privatisierung“ beschreiben Michael Reimon und Christian Felber das Vorbeischleusen von solch gigantischen Geldmassen an Provisionsanwärtern – Versicherungen und Banken – als eine „untragbare Provokation der Finanzmärkte“. Entsprechend ist auch der Druck zu verstehen, den Banken und Versicherungen auf die Politik ausüben und den Bürger/innen durch den täglichen „Werbeterror“ (siehe Inseratentext) erleben.

1.5. Beschreibung des IST-Standes in Österreich

Das Österreichische Pensionssystem (Quelle: APA-Grafik, Stand 2003)

	ASVG	GSVG	Bauern	Beamte	ÖBB
Antrittsalter	60/65	60/65	60/65	65	36,5 Dj
Frühpension	56,5/61,5	56,5/61,5	56,5/61,5	61,5	54,5
Mindestbeitragszeit	15 Jahre	15 Jahre	15 Jahre	15 Jahre	10 Jahre
Pensionshöhe	80 % vom Durchschnitt aus 15 Jahren			80% v. 1 J	83% v. 1 J
Beiträge (DG/DN)	10,25/12,55	15%	14,5 %	12,55 (14,85)	15,05/17,96
Pensionssicherung	x	x	x	2,18 -2,3 %	4,8 %
Höchstbeitrag	3.360,-	3.920,-	3.920,-	x	x
Maximalpension	2.364,49	2.364,49	2.364,49	x	x
Durchschnitt	984,55	795,80	534,00	2.525,-	ca. 2.100,-
Beitragsdeckung	78,5 %	47,3 %	24,8 %	26,69/55,69	29,6 %
Versicherte	2,621 Mio	267.000	185.785	111.328	42.000
Pensionisten	1,619 Mio	155.000	188.087	86.345	45.000

Bisherige Reformschritte:

In Österreich wurde in den letzten Jahren ein Bild eines „Drei-Säulen-Modells“ gezeichnet, welches vorsieht:

- 1. Gesetzliche Pensionsversicherung (über Erwerbsarbeit)**
- 2. Firmenpensionskassen (derzeit im Aufbau)**
- 3. Private Pensionsvorsorge (Banken, Versicherungen,...)**

Besonders problematisch erscheint dabei die starke staatliche Förderung der privaten Vorsorge, da gerade Kleinverdiener nicht in der Lage sind, entsprechende Summen anzusparen. Darüber hinaus werden bisherige Grundsätze verletzt:

- Durch starke Absenkung der gesetzlichen Pensionen, wird das Prinzip der Lebensstandardsicherung gefährdet.
- Das Solidarprinzip – welches der gesamten Sozialversicherung zu Grunde liegt – wird durch die Verlagerung von bisher kollektiv abgedeckten Risiken in den Privatbereich eingeschränkt.
- Eine „ersetzende“ und nicht „ergänzende“ Privatvorsorge deckt nur noch das Einkommensrisiko, andere Lebensrisiken wie z.B. Invalidität werden dadurch nicht abgedeckt.
- Der Einstieg in eine ersetzende Privatvorsorge ist der Ausstieg aus einer paritätischen Finanzierung.

Die für das Jahr 2005 geplante „Harmonisierung“ wird in Österreich zu einer ersten Annäherung der Pensionsbedingungen führen, bleibt aber ein Reformschritt im bisherigen 3-Säulen-Modell.

1.6. Bekenntnis zum Sozialstaat

„Mittlerweile ist die Fähigkeit des Staates, für das Wohl seiner Bürger zu sorgen, durch die Mobilität des Kapitals erschüttert worden. Länder, die ihre Sozialversicherungs- und Arbeitsgesetzgebung stark abbauen, werden bevorzugt, während andere, die den Sozialstaat aufrecht zu erhalten versuchen, das nachsehen haben“ schreibt der bekannte Börse-Guru George Soros in seinem Buch „Die offene Gesellschaft- Für eine Reform des globalen Kapitalismus“. Diese Entwicklung hat auch Österreich erfasst und es wird gefragt, ob und in welchem Umfang Österreich auch in Zukunft ein Sozialstaat sein kann und soll.

Was macht den Staat sozial?

Elend und Hunger der Arbeiterfamilien im Europa des 19. Jahrhunderts waren die Wurzeln des „Sozialstaates“: Mit der Gründung von Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften entstand eine politische Gegenmacht, deren wichtigste Triebfeder die Solidarität war. Das Zusammenstehen, das sich gegenseitig verantwortlich fühlen und der gemeinsame Kampf um die Existenz lenkten die Frage, welche Aufgaben ein Staat zu erfüllen habe, in jene Richtung, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Sozialstaat entwickelt hat. Heute haben wir für den größten Teil der Bevölkerung ein „soziales Netz“ gespannt, welches z.B. Kranken- und Unfallversicherungen, Pensionsversicherungen, Arbeitslosengeld, Kindergeld aber auch Notstands- und Sozialhilfe umfasst. Doch die soziale Verantwortung des Staates beinhaltet mehr, als die Organisation von Sozialversicherungen. Verschiedene Steuern sind ebenso ein wichtiges Element des innerstaatlichen Ausgleiches zwischen Arm und Reich wie z.B. der freie Zugang zu Bildungseinrichtungen. *„Chancengleichheit und Durchlässigkeit der sozialen Schichten sind von höchster Bedeutung für einen Staat, der sich „sozial“ nennen darf“* schreibt Lieselotte Wohlgenannt in einem Sonderheft der Kath. Sozialakademie zum Thema Sozialstaat.

Im Ökumenischen Sozialwort findet sich das eindeutige Bekenntnis: **„Die Kirchen treten ein für einen aktiven Sozialstaat, der unersetzlich ist, um soziale Risiken wie Verarmung und Ausgrenzung entgegenzuwirken.“** (Seite 85)

2. URTEILEN

Als Katholische Aktion setzen wir uns für Frauen und Männer ein, die im Alltag, in Beruf und Freizeit ihr Christ-Sein leben wollen. Eine wertvolle Orientierung für dieses Engagement finden wir in der Katholischen Soziallehre, die durch unseren Einsatz zu einem Bauprinzip im zusammenwachsenden Europa werden soll.

2.1. Die Orientierung an der Personalität - Was gilt der Mensch?

In der Orientierung an der Personalität, gelangen die menschlichen Anlagen, Talente und Fähigkeiten in der Gemeinschaft mit Gott, im geschwisterlichen Umgang mit den Mitmenschen und im respektvollen Umgang mit der Schöpfung zur Entfaltung.

Die Kommission „Justitia et Pax“ schreibt zum Themenkomplex Menschenwürde und Grundsicherung: **„Der Begriff der Menschenwürde ist ein zentraler Angelpunkt für die Begründung eines Basiseinkommens bzw. einer Grundsicherung.** Aus christlicher Sicht liegt die unantastbare Menschenwürde in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen begründet. Deswegen ist diese Würde auch unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Religion und Herkunft. „Es macht die Würde des Menschen aus, dass er sich seiner selbst bewusst und das er frei ist, seinem Leben selbst eine Richtung zu geben.“ (Kath. Erwachsenenkatechismus, Deutsche Bischofskonferenz, 1985) Die Würde des Menschen begründet individuelle Rechte und gleichzeitig gesellschaftliche Verpflichtungen. Jeder Mensch hat das Recht sein Leben zu bestimmen, ihm ist die Möglichkeit dazu einzuräumen. Gleichzeitig gibt es eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung diese Möglichkeiten zu schaffen – was wiederum Verpflichtungen für jeden einzelnen Menschen bedingt.

Wie beides umzusetzen ist, hängt von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und individuellen Begabungen ab“.

2.2. Die Orientierung an der Solidarität - Wer ist verantwortlich?

In der Orientierung an der Solidarität verpflichten sich die Menschen, in gegenseitiger Verantwortung füreinander einzustehen. Wir handeln aus einer solchen Kultur der Solidarität. In der aktuellen Rentendiskussion in Deutschland argumentiert die dortige KAB: „Solidarität als Grundprinzip unsere Gesellschaft ist kein Auslaufmodell, sondern muss ihre tragende Stütze bleiben. Sie darf nicht weiter beschädigt werden durch eine Sozialpolitik, die einseitig auf die Privatisierung von Lebensrisiken setzt und damit die gesellschaftliche Spaltung vorantreibt. Die Überzeugung, dass Solidarität und sozialer Ausgleich zu den wesentlichen Prinzipien unserer Sozialversicherung gehören, geht immer mehr verloren. Stattdessen wird in den Reformmaßnahmen und –diskussionen der Schwerpunkt auf die Ausweitung der Beitragsäquivalenz und der Risikodeckung gelegt und damit auf Prinzipien, die Privatversicherungen kennzeichnen. Es wird ein schleichender Systemwechsel hin zur Privatisierung von Lebensrisiken vollzogen, der den ursprünglichen Grundlagen unserer Sozialversicherung nicht mehr entspricht.“ (aus Projektgruppe Alterssicherung der KAB-Deutschlands, Juli 2004)

Mit einer „Grundsicherung“, deren Höhe unabhängig von den bezahlten Beiträgen ist, werden die solidarischen Elemente und der soziale Ausgleich im Pensionsversicherungssystem deutlich gestärkt.

2.3. Die Orientierung an der Subsidiarität - Wer ist zuständig?

In der Orientierung an der Subsidiarität unterstützen wir einerseits dezentrale und regionale Strukturen, andererseits wehren wir uns gegen Tendenzen übergeordneter Einheiten, sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

Genauso wie das nachfolgend vorgestellte Pensionsmodell nur im Zusammenspiel der vier Stufen funktionieren kann, sind auch die Prinzipien der Soziallehre aufeinander hingebordnet. In der Gegenwart wird die Subsidiarität gerne als Argument genutzt, an die Stelle einer solidarischen Sicherung unter dem Stichwort der „Eigenverantwortung“ ein Mehr an privater Vorsorge zu fordern. Natürlich ist auch im Solidargedanken die Verantwortung wichtig, aber im Wissen um die Menschenwürde, die unabhängig und noch vor jeder Leistung besteht, wird auch zu fragen sein, was in der Verteilung der Lasten jeweils als zumutbar und gerecht

erscheint. So darf es zu keiner missbräuchlichen Verwendung des Prinzips der Subsidiarität kommen, damit im Zusammenspiel der gleichwertigen Prinzipien der Soziallehre ein „christliches Menschenbild“ verwirklicht werden kann.

2.4. Die Orientierung am Gemeinwohl - Was ist gut für das Ganze?

In der Orientierung am Gemeinwohl haben wir das Wohl des ganzen Menschen und aller Menschen im Auge. Im Einsatz für soziale Gerechtigkeit und im solidarischen Engagement wirken wir am Gemeinwohl mit.

Angesichts der Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme ist eine wirkliche Reformpolitik notwendig, die von den Zielen sozialer Gerechtigkeit ausgeht: Soziale Absicherung für alle Mitglieder in der Gesellschaft, sozialer Ausgleich in der Gesellschaft und soziale Teilhabe und Teilnahme aller. Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel – die strukturellen Umbrüche der Erwerbsarbeit und die demographische Entwicklung – verlangen auch zukünftig die solidarische Sicherung der Lebensrisiken. In diesem Sinne führt die Verbreiterung der Einnahmenbasis durch die Einbeziehung aller Einkünfte in die Finanzierung, nicht nur von Einkommen aus Erwerbsarbeit, dazu, dass die soziale Sicherung im Alter zu einem Gewinn für die ganze Gesellschaft wird.

2.5. Die Orientierung an der Nachhaltigkeit - Was gilt es zu bewahren?

In der Orientierung an der Nachhaltigkeit verpflichten wir uns, den unabdingbaren Dreiklang von „Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung“ in die Arbeitswelt, die Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen.

Pensionsreformen dürfen keine „Eintagsfliegen“ sein, sondern müssen – im Streben nach möglichst gerechten Lösungen – längerfristig wirken und für die Lebensplanung berechenbar bleiben. Dabei ist eines der Hauptziele, das Pensionssystem „armutsfest“ zu machen, also Altersarmut weitestgehend zu verhindern.

Mit dem Zitat „Der Mensch muss Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein...“ aus der Sozialenzyklika „Mater et magistra“, lassen sich die Orientierungen der Katholischen Soziallehre zusammenfassen:

Wir stellen den Menschen in die Mitte!

3. HANDELN

Das Modell einer „SOLIDARISCHEN ALTERSSICHERUNG“

In Anlehnung an ein Modell, welches Katholische Verbände (Kath. Arbeitnehmerbewegung, Familienbund, Kath. Frauengemeinschaft, Landvolkbewegung und Kolping) in Deutschland heuer unter dem Titel „**Modell für ein familiengerechtes und solidarisches System der Alterssicherung**“ veröffentlicht haben, stellt die Kath. Aktion Österreich ein 4-stufiges Modell zur Diskussion. Die KAÖ ist überzeugt, damit einen Beitrag für eine zukunftsfähige solidarische Pensionsversicherung zu leisten.

Für die Kath. Aktion Österreich sind folgende **Grundzüge** der bisherigen sozialen Sicherung auch weiterhin konstitutiv:

Der Sozialstaat bleibt verpflichtet, jedem Menschen in Österreich ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Durch die Umbrüche der Erwerbsarbeitsgesellschaft ist für einen wachsenden Teil der Bevölkerung die Teilhabe an kontinuierlicher Erwerbsarbeit und damit an sozialer Sicherheit im Alter gefährdet. Daher darf Erwerbsarbeit nicht mehr der einzige Anknüpfungspunkt für ausreichende soziale Sicherheit im Alter sein. Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Alterssicherung muss die Vielfalt unterschiedlicher Formen von Arbeit und eine Durchlässigkeit und Kombination verschiedener Formen gesellschaftlich anerkannter Arbeit berücksichtigen. Das solidarische, beitrags- und umlagefinanzierte System der

gesetzlichen Pensionsversicherung muss erhalten bleiben und weiterentwickelt werden. Dazu ist das Solidarprinzip zu stärken und die Einnahmenbasis möglichst zu verbreitern.

Grundsätze des Modells:

- Verbreiterung der Einnahmenbasis durch Einbeziehung aller Einkünfte
- Verwendung weiterer Mittel zum Erhalt des Sozialstaates, z.B. durch Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, weil immer weniger Beschäftigte immer mehr produzieren
- Herstellung eines Mindeststandards sozialer Sicherheit im Alter jenseits und unabhängig von eigenen Erwerbsbiografieverläufen
- Beibehaltung des Grundprinzips der gesetzlichen Alterssicherung als solidarische, beitrags-, leistungsbezogene und umlagefinanzierte Versicherung
- Schaffung von Freiraum für die private und betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Altersvorsorge

Daraus ergibt sich ein „**Neues-Vier-Stufen-Modell**“:

1. Die „**Grundsicherung im Alter**“ als Pflichtversicherung für alle Einwohner/innen
2. Die **Arbeitnehmerpflichtversicherung** auf der Basis von Erwerbseinkommen
3. Die **betriebliche** Altersvorsorge
4. Die **private** Altersvorsorge

Stufe 1: Die „Grundsicherung im Alter“ als Pflichtversicherung für alle Einwohner/innen

Die „Grundsicherung im Alter“ ist eine Pflichtversicherung für alle Einwohner/innen. Sie zielt darauf ab, jenseits und unabhängig von Erwerbsarbeit eine Mindestsicherung im Alter zu gewährleisten. Anspruchsberechtigt sind alle Personen nach Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Anspruchshöhe soll 500,- Euro pro Person und Monat betragen. Der Anspruchsaufbau errechnet sich zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr. Mit jedem Jahr erwerben die Einwohner, die in Österreich steuerpflichtig sind, einen Anspruch von 2% der Grundsicherung. Die Finanzierung erfolgt als Beitrag von allen steuerpflichtigen Einkünften, also ebenso selbständige wie nichtselbständige Arbeit, Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe, Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung, Verpachtung, sonstige Einkünfte z.B. wiederkehrende Bezüge, Spekulationsgewinnen usw. Organisatorisch erfolgt eine Anbindung an die bisherigen Pensionsversicherungsträger und unterliegt somit der Selbstverwaltung. Ein Teil des bisherigen Bundeszuschusses wird der Stufe 1 zugeordnet.

Stufe 2: Die Arbeitnehmerpflichtversicherung auf der Basis von Erwerbseinkommen

Hier werden die wesentlichen Prinzipien und Elemente der bisherigen gesetzlichen Altersvorsorge beibehalten. Anspruchsberechtigt sind alle Personen, die der Versicherungspflicht unterliegen und Beiträge bezahlt haben oder für die ersatzweise Beiträge gezahlt wurden. Beim Anspruchsaufbau gilt grundsätzlich die Beitrags- und Leistungsbezogenheit.

Ehegattensplitting: Bei Ehepaaren werden die gemeinsam erworbenen Rentenansprüche halbiert und jedem Partner zugeordnet. Damit wird insbesondere ein wichtiger Beitrag zur besseren eigenständigen Absicherung von Ehefrauen geleistet.

Kindererziehungszeiten: Mit einer Erhöhung der Anrechnung auf 6 Jahre wird der Beitrag der Eltern zur Sicherung des Generationenvertrages angemessener als bisher berücksichtigt.

Nachgelagerte Besteuerung: Oberhalb einer steuerfreien Grenze sind alle Alterseinkünfte steuerpflichtig. Die Finanzierung erfolgt – wie bisher – paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer und durch einen Bundeszuschuss. Auch die zukünftige Arbeitnehmerpflichtversicherung unterliegt der Selbstverwaltung.

Stufe 3: Die betriebliche Altersvorsorge

In Österreich ist die betriebliche Altersvorsorge erst im Aufbau. Wichtige Kriterien:

- Ansprüche aus der betrieblichen Altersvorsorge müssen auf neue Arbeitgeber/innen übertragbar sein
- Rentenzahlungen aus Ansprüchen der betrieblichen Altersvorsorge müssen Vorrang vor einer einmaligen Kapitalausschüttung haben.

Vergleiche mit Ländern, die schon über weiter entwickelte Systeme der betrieblichen Vorsorge verfügen (z.B. Schweiz) zeigen, dass die Prozenzhöhe der einzusetzenden Mittel in Österreich sicher gesteigert werden muss, um eine echte „3. Stufe“ zu erreichen.

Stufe 4: Die private Altersvorsorge

Die private Vorsorge soll nur ergänzend und keinesfalls ersetzend wirken. Grundsätzlich ist eine private Vorsorge sinnvoll – wieweit aber der Einsatz von Steuermitteln zum Aufbau dieser Vorsorgeart gerechtfertigt ist, bedarf einer genauen Überprüfung. Da untere Einkommensschichten kaum in der Lage sind, neben den Lebenshaltungskosten größere Beträge für die private Vorsorge einzusetzen, kann eine steuerliche Begünstigung die Schere zwischen Arm und Reich weiter vergrößern. Sollte eine steuerliche Förderung für die 4. Stufe bestehen bleiben, so sind für untere bis mittlere Einkommen, welche die steuerlichen Anreize nicht nutzen können, vergleichbare staatliche Prämien einzuzahlen. Ebenso sind kinderbezogene Prämien für Eltern einzuführen.

Zum Abschluss:

Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel verlangen politisch festgelegte und staatlich garantierte soziale Sicherung. Die „Sozialpartnerschaft“ und das Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ haben sich in Österreich in den letzten 50 Jahren bewährt. Handlungsleitend für die KA-Österreich ist die Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Ziele sozialer Gerechtigkeit sind

- **soziale Absicherung für alle Mitglieder der Gesellschaft: Das soziale Netz muss alle tragen!**
- **Sozialer Ausgleich in der Gesellschaft: Reformpolitik darf nicht polarisieren, Reiche reicher und Arme ärmer machen!**
- **Soziale Teilhabe und Teilnahme aller: „Keine/r soll im Regen stehen!“**

Soziale Gerechtigkeit verlangt eine wirkliche Reformpolitik auch für die sozialen Sicherungssysteme.

Im Ökumenischen Sozialwort der 14 christlichen Kirchen Österreichs, welches am 1. Adventsonntag 2003 veröffentlicht wurde, steht: **„Die Kirchen treten ein für die Weiterentwicklung des umlagefinanzierten Pensionsversicherungssystems in einer Form, die die Solidarität zwischen der Jugend und der älteren Generation stärkt. Dabei ist auch eine eigenständige Alterssicherung für Frauen vorzusehen“** (Seite 85)

Wir laden ein, die Inhalte des Positionspapiers zum Generationenvertrag, welches im Dialog vieler Einrichtungen und Organisationen der KA entstanden ist, vertiefend zu betrachten.

MITGLIEDER der Arbeitsgruppe im Forum Arbeit, Wirtschaft & Soziales der KA-Österreich

Forum A, W & S: Christa Ellbogen; Fritz Macher

Kath. Jugend: Clemens Pichler

Kath. Jungschar: Christoph Riedl

Kath. Frauenbewegung: Maria Beate Eder

Forum Kunst, Wissenschaft, Medien: Gottfried Cech

Forum Beziehung, Ehe + Familie: Elke Patzelt-Koban

Einzelpersonen: Michaela Möstl, Franz Haberl, Lukas Wurz, Peter Grubits

Referent: Andreas Gjecaj

Quellen: Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich; „Solidarische Alterssicherung“

Positionspapier der KAB-Deutschland; „Soziale Zukunft – jetzt“ Dossier des Publik-Forum; Ökum. Sozialwort, Grafik – APA, Modell für ein familiengerechtes und solidarisches System der Alterssicherung in Deutschland von: KAB; kfd, Familienbund, Landvolkbewegung, Kolping u.a.; United Nations Demographic Yearbook, various volumes; „Die offene Gesellschaft- Für eine Reform des globalen Kapitalismus“ George Soros; Zeitschrift: win.; Div. Stellungnahmen zur Pensionsdebatte